

Antrag

Hannover, den 01.02.2024

Fraktion der AfD

Randalierer auf den Straßen stoppen - den erneuten Angriffen zu Silvester auf Polizei- und Einsatzkräfte endlich die erforderlichen Maßnahmen folgen lassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Erneut kam es in der vergangenen Silvesternacht zu Ausschreitungen auf Niedersachsens Straßen. Wie schon im letzten Jahr wurden erneut Polizei und Einsatzkräfte attackiert. Im Zuge der Ereignisse ermittelt die Polizei in Niedersachsen in 54 Fällen gegen 75 Tatverdächtige. Diese sollen vor allem Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte angegriffen haben. Entgegen dem tatsächlichen Geschehen hatte die Polizei zunächst von einem „weitestgehend friedlichen Verlauf“ der Silvesternacht gesprochen. Die teilweise Machtlosigkeit der Polizei, geltendes Recht durchzusetzen, zeigte sich u. a. darin, dass sie die Böllerverbotzone am hannoverschen Steintorplatz offenbar nicht durchsetzen konnte.

In Garbsen wurden Polizeibeamte in mehreren Fällen angegriffen und mit Feuerwerkskörpern beworfen. In Laatzen griff eine Gruppe Jugendlicher und Heranwachsender Einsatzkräfte der Feuerwehr an. Der Einsatzwagen wurde mit Steinen beworfen und es wurde mit einer Metallstange auf das Fahrzeug eingeschlagen. Kurz zuvor war bereits der Mitarbeiter eines Abschleppdienstes mit Fußtritten und einer Eisenstange attackiert worden, wobei er kurzzeitig das Bewusstsein verloren hatte.

Bürgerkriegsähnliche Zustände wie in besonderem Ausmaß in Laatzen, wo sogar Stadtbahnführer und Fahrgäste offenbar gezielt und womöglich auch mit Schusswaffen angegriffen wurden, sind nicht hinnehmbar. Auch, dass Bürgern in Todesangst, die der Notrufzentrale von Schüssen berichten, nur mitgeteilt werden kann, dass keine Einsatzfahrzeuge zur Verfügung stehen, darf sich nicht wiederholen.

Am zunehmenden staatlichen Kontrollverlust, insbesondere in bestimmten Migrantenumfeldern, hat sich also ebenso wenig etwas verändert, wie auch an der schockierenden Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften der Polizei und Feuerwehr, aber auch gegenüber Passanten.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. eine Neuauflage des Projekts Gewalt gegen Polizeibeamte (2005 bis 2009) des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) unter Einbeziehung der Gewalt gegen alle Einsatzkräfte (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst usw.) erstellen zu lassen,
2. in Anlehnung an das sogenannte „Neuköllner Modell“ insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendrichtern und Jugendamt die Voraussetzungen zu schaffen, dass Straftaten im Zusammenhang mit Einsätzen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten besonders schnell juristisch bearbeitet und gegebenenfalls zur unverzüglichen Verurteilung jugendlicher Straftäter führen,
3. den Aufenthaltsstatus von Ausländern, die Gewalt gegen Einsatzkräfte ausüben, unverzüglich zu prüfen, etwaige Schutzrechte konsequent und ausnahmslos im Hinblick auf eine Widerrufsprüfung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiterzuleiten und ausreisepflichtige Gewalttäter unverzüglich abzuschicken,
4. die niedersächsische Polizei und Rettungskräfte personell sowie materiell soweit zu verstärken (etwa durch Beschaffung automatischer Verriegelungssysteme und Kameras auch auf Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zum Schutz der Einsatzkräfte und zur

- Dokumentation möglicher Straftaten), dass Einsatzlagen wie in den vergangenen Silvesternächten besser bewältigt werden können,
5. Arbeitgeber, Dienstherrn und Kommunen zu verpflichten, ihre Beschäftigten im Fall von Übergriffen rechtlich zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf das Stellen von Strafanträgen und dem Betreiben entsprechender Nachsorge in Form von medizinischer und psychologischer Hilfe durch Beratungs- und Therapieangebote und
 6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei Angriffen auf Einsatzkräfte die Mindeststrafen der §§ 114 (Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte) und 125 StGB (Landfriedensbruch) auf sechs Monate angehoben werden, indem sie entsprechende Initiativen unterstützt und voranbringt.

Begründung

Die Ereignisse rund um die vergangene Silvesternacht haben erneut gezeigt, dass unser Rechtsstaat nicht im erforderlichen Maße stark und gut genug aufgestellt ist, und deshalb die freiheitliche Demokratie durch ein schwindendes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Gefahr gerät. Dem Phänomen der Krawalle von vornehmlich jungen Männern mit Migrationshintergrund steht man auf politischer Seite noch immer weitgehend rat- und tatenlos gegenüber.

Die Warnungen der Bundesinnenministerin wenige Tage vor Silvester vor erneuten Ausschreitungen in Verbindung mit ihrer Untätigkeit gleicht einer Kapitulation. Diesem Beispiel darf auf Landesebene nicht gefolgt werden. Es müssen nicht nur die richtigen Schlüsse aus den wiederkehrenden Ereignissen gezogen, sondern auch endlich geeignete Maßnahmen umgesetzt werden, um den Rechtsstaat wieder überall im Land uneingeschränkt durchzusetzen und Opfer nicht im Stich zu lassen.

Dazu bedarf es neben einer ehrlichen Analyse der Situation ohne ideologische Scheuklappen einer breit angelegten Investitionsoffensive von Bund und Ländern, um Polizei und Justiz personell wie materiell nachhaltig zu stärken und technisch auf den aktuellen Stand der Zeit zu bringen.

Bei jugendlichen und heranwachsenden Tätern ist dafür Sorge zu tragen, dass Verfahren schnell voran und zum Abschluss gebracht werden. Vor allem bei Jugendlichen ist eine erzieherische Wirkung von Strafen nur zu erwarten, wenn diese in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur vorgeworfenen Tat ausgesprochen werden.

Auf den Prüfstand gestellt gehört auch die Migrationspolitik, die endlich wieder dem Recht Geltung verschaffen muss, und deren teils katastrophalen Folgen nicht mehr insbesondere auf Kosten der Bürger und Einsatzkräfte ignoriert werden dürfen. Durch konsequente Abschiebungen krimineller und ausreisepflichtiger Ausländer im Rahmen einer verantwortungsbewussten Remigrationspolitik würde den niedersächsischen Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund wieder das Sicherheitsgefühl zurückgegeben, das weiten Teilen der Bürgerschaft durch eine völlig verantwortungslose Politik der offenen Grenzen genommen wurde, und dies nicht nur zu Silvester.

Andere Länder sind sich des Problems und des Umstands, dass dieses auch Maßnahmen auf Bundesebene erfordert, bewusst. Daher haben sie Initiativen zur Verschärfung der Straftatbestände des tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte und des Landfriedensbruchs auf den Weg gebracht. Hier soll auch Niedersachsen eine aktive Rolle spielen und die Vorgänge konstruktiv begleiten.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 02.02.2024)